

EIFEL ZEITUNG

Kommunen lassen mit ihren Amtsblättern die Staatsferne vermissen

27. November 2019, 09:19

Immer mehr Zeitungsverlage haben die sogenannten Amts- bzw. Mitteilungsblätter im Visier. Sie klagen mit Recht, weil sich dahinter ein „zeitungsähnliches Erzeugnis“ verbirgt. Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Springer Chef Mathias Döpfner hat sich wie folgt dazu geäußert:

„Die Grenze des vertretbaren ist längst überschritten, wenn Kommunen mit ihren steuergeldfinanzierten sogenannten Amtsblättern den lokalen und regionalen Zeitungen inhaltlich Konkurrenz machen“. Genau das passiert seit Jahren schleichend in einem immer weiter reichendem Maße.

Ein Teufelskreis beginnt

Immer mehr Kommunen bauen, bzw. lassen ihre Amtsblätter mit Scheinredaktion und Anzeigenwerbung zu bunten Publikumsblättchen ausbauen. Was die Tageszeitung nicht mehr leistet, will die Kommune natürlich ausgleichen. Nach dem Motto: „Besser wir weiten unsere Berichterstattung aus, als dass wir die Informationsoffensive den Fake-News-Trollen im Internet überlassen“. Heikel wird es dann, wenn Kommunen zur Refinanzierung ihrer Mitteilungsblätter anfangen, den lokalen Werbemarkt „beackern“ zu lassen. Abgesehen davon, dass es

Diese Webseite verwendet Cookies. Wenn Sie diese Webseite benutzen, stimmen Sie der Verwendung von Cookies zu. Wir sammeln keine Daten, über die Sie persönlich identifiziert werden können. Weitere Informationen finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Nein

Ja

Dass die Anzeigenblätter den Part der lokalen Berichterstattung ohne jegliche Steuergeld-Subvention erfüllen und mit kostenintensiven Vertriebsstrukturen zu kämpfen haben, interessiert weder die Bürgermeister, noch die Landräte. Im schlimmsten Fall wird man von steuergeldfinanzierten Arbeitskräften aus den Touristinfos noch beschimpft.

BGH-Urteil wird nicht umgesetzt

Im jüngsten Urteil des Bundes-gerichtshofes heißt es wörtlich: „Die Sicherung der Meinungsvielfalt fordert die Staatsferne der Presse. Der Staat darf nicht unmittelbar oder mittelbar Presseunternehmen beherrschen, die nicht lediglich Informationspflichten der öffentlichen Stellen erfüllen“. Im Klartext heißt das für die Kommunen, dass in den Amtsblättern eine journalistische Berichterstattung im klassischen Sinne genauso ausgeschlossen sein muss wie kommerzielle Interessen. Genau dies passiert in den Amtsblättern der Region nicht!

Keine Frage, amtliche Mitteilungsblätter sind wichtig. Auch die Fraktionen in den Gemeindeparlamenten sollten sich dort wiederfinden. Das erhöht schon mal die Pluralität und macht das „Amtsblatt“ zum „Gemeindeblatt“.

Dass Kommunen dafür Geld in die Hand nehmen müssen, für ein ansprechendes Layout und einen guten Druck, sollte auch selbstverständlich sein und ist gut angelegtes Geld. Das gehört zur Daseinsvorsorge wie das örtliche Schwimmbad oder Gemeindehaus.

Unlauterer Wettbewerb

Aber in Konkurrenz zur Lokalzeitung dürfen die mit reichlich Steuergeld subventionierten Amtsblätter nicht stehen. Jede Stadt, jede Verbandsgemeinde, jeder Landkreis zahlt an die Druckerei der Amtsblätter einen nicht unerheblichen Geldbetrag (Steuergelder), um dort seine amtlichen Nachrichten veröffentlichen zu können. Das ganze anschließend zu einem Publikumsblättchen auszubauen ist

Diese Webseite verwendet Cookies. Wenn Sie diese Webseite benutzen, stimmen Sie der Verwendung von Cookies zu. Wir sammeln keine Daten, über die Sie persönlich identifiziert werden können. Weitere Informationen finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Nein

Ja

fordert die Staatsferne der Presse. Der Staat darf nicht unmittelbar oder mittelbar Presseunternehmen beherrschen, die nicht lediglich Informationspflichten der öffentlichen Stellen erfüllen“.

Bitte an alle Verantwortlichen!

Die Eifel-Zeitung bittet erneut alle Landräte und Bürgermeister, dieses Urteil des Bundesgerichtshofes umgehend umzusetzen und sich ausschließlich um die amtlichen Nachrichten in ihren jeweiligen Amtsblättern zu kümmern. Die regionalen Presseinformationen übernehmen die frei finanzierten Anzeigenblätter.

Mit ihrer permanenten Subventionspolitik fördern die Kommunen unlauteren Wettbewerb. Wir wiederholen uns: Die Amtsblätter werden für horrenden Geldbeträge mit dem Postauto in weiten Teilen der Eifel-Mosel-Region an die Haushalte gefahren. Offensichtlich führt ein überproportionaler Geldregen aus Steuermitteln durch die Auftraggeber zu solchen Auswüchsen.

Keine Trickserien!

Gleichzeitig bieten die freifinanzierten Anzeigenblätter sowohl in der Lokalität, als auch der flächendeckenden Haushaltsabdeckung ihr Alleinstellungsmerkmal unter den regionalen Medien. Die durch die Kommunen veränderten Rahmenbedingungen führen zu immensen Kostensteigerungen, auf die freifinanzierte Verlage betriebswirtschaftlich keinen Einfluss nehmen können. Die Kommunen treten sozusagen in Konkurrenz zum Mittelstand und wundern sich, wenn die Steuereinnahmen sinken. Die Eifel-Zeitung will einen fairen Wettbewerb und keine Trickserien!

Fazit: Anzeigenblätter produzieren mit ihrer kostenlosen journalistischen Berichterstattung, z.B. über gesellschaftliche und wirtschaftliche Ereignisse in der Region, über bürgerschaftliches Engagement in Vereinen, öffentlichen Einrichtungen, Institutionen und karitative Einrichtungen vor Ort ein öffentliches

Diese Webseite verwendet Cookies. Wenn Sie diese Webseite benutzen, stimmen Sie der Verwendung von Cookies zu. Wir sammeln keine Daten, über die Sie persönlich identifiziert werden können. Weitere Informationen finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Nein

Ja